

*„Die nordkoreanischen Nuklearwaffenprogramme:
Status, Bedrohungslage, Perspektiven“*

Vortrag von Dr. Sebastian Harnisch, Universität Trier

Vortrag im Rahmen der Budelaner Gespräche, Luftwaffenausbildungsregiment 1,
14. Februar 2005, Budel

I. Einleitung

Begrüßung,

ich darf mich zunächst recht herzlich für die Einladung hier nach Budel bedanken. Ich werde das Luftwaffenausbildungsregiment und Herrn Schlößer ganz sicher in Erinnerung behalten, denn eine derartig weite Vorausschau bei der Planung von Vorträgen habe ich bisher noch nicht erlebt. Sie habe es ja alle gehört: am vergangenen Donnerstag hat Nordkorea offiziell erklärt, es verfüge über Nuklearwaffen und suspendiere bis auf weiteres seine Mitwirkung an den sog. Sechs-Parteien-Gesprächen (Nord- und Südkorea, Japan, USA, Russland und China). Anknüpfend an diese aktuelle Entwicklung will ich Ihnen in den folgenden 45 min. in vier Schritten einen Überblick über den Status der beiden Nuklearwaffenprogramme Nordkoreas, deren regionale und globale Auswirkungen sowie eine Perspektive auf die weiteren Entwicklungen geben. Nach allem was wir wissen, verfügt der Norden auch über andere Massenvernichtungswaffen, biologische und chemische. Diese spielen jedoch aus militärstrategischer und proliferationspolitischer Sicht eher eine untergeordnete Rolle. Der Fokus meiner Ausführungen liegt also auf Kernwaffen und Trägersystemen zu deren Verbringung. *(Folie Relevanz)*

Betrachten wir die Bedeutsamkeit des Falles Nordkorea für die praktische internationale Politik und die Politikwissenschaft, dann sehen wir schnell das Nordkorea ein Kernproblem der internationalen Sicherheitspolitik und Weltnuklearordnung ist. Zum einen ist die koreanische Halbinsel eine der militarisiertesten Regionen der Welt, dies- und jenseits des 38.

Breitengrades stehen sich über 1 Mio. Soldaten in kurzer Distanz gegenüber. Zum anderen kann der nordkoreanische Nuklearmachtstatus dazu führen, dass andere Staaten der Region selbst nach Kernwaffen streben. Dies gilt insbesondere für Japan und Südkorea. Drittens führt die Aneignung von Nuklearwaffentechnologie und den dazu gehörigen Trägersystemen in Verbindung mit der katastrophalen Lage des Landes dazu, dass Nordkorea einer der wichtigsten Exporteure von Massenvernichtungswaffentechnologie geworden ist. Der Transfer von nuklearen Vorprodukten, Einzelteilen, Bauplänen aber auch ganzer Komponenten und Systeme destabilisiert andere Weltregionen, insbesondere Südasien durch den Export nach Pakistan und den Nahen und Mittleren Ost durch den Export nach Syrien, in den Iran, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate (*Folie Trägersysteme*). Und schließlich ist der nordkoreanische Fall ein schlechtes Vorbild für andere Proliferateure: das Land hat ohne weitere Sanktionen gegen den Nichtverbreitungsvertrag verstoßen, ist aus diesem ausgetreten, hat IAEA-Inspektoren des Landes verwiesen, sein stillgelegtes Plutoniumprogramm wieder in Gang gesetzt und aus dem resultierenden Material sein Waffenpotential signifikant erhöht, ohne dass die USA oder die Staatengemeinschaft wie im Falle des Irak interveniert hätten. Im Gegenteil, Staaten wie der Iran gehen davon aus, dass die USA auf der koreanischen Halbinsel nicht militärisch vorgehen, weil Nordkorea bereits über Kernwaffen verfügt.

Lassen Sie mich der Vollständigkeit halber auch kurz die wissenschaftliche Bedeutsamkeit des Falles Nordkorea erläutern: zum einen besteht Klärungsbedarf über die Frage, wann Staaten bereit sind, bestehende Kernwaffenpotentiale wieder aufzugeben (Ukraine, Kasachstan, Südafrika). Konkret: muss eine Regimetransformation vorausgehen? Zum anderen: wird der Fall Nordkorea zu einer Schwächung ja vielleicht zu einer Auflösung der bestehenden Nuklearordnung führen, wie sie seit Beginn der 1970er Jahre durch den Nichtverbreitungsvertrag aufrechterhalten wird?

Wenn wir den Schwerpunkt auf die praktischen sicherheitspolitischen Probleme legen, dann interessieren vor allem zwei Fragenkomplexe: die militär- und sicherheitspolitischen und proliferationspolitischen Fragen. Den militärischpolitischen lässt sich grob das plutoniumbasierte Programm, den proliferationspolitischen Fragen eher das uranbasierte Programm zuweisen. Trägersysteme spielen in beiden Bereichen eine wichtige Rolle.

Bevor wir uns den beiden Waffenprogrammen zuwenden, möchte ich ganz kurz auf die beiden Produktionswege für Kernwaffen eingehen (*Folie Produktionswege*), da ich nicht weiß, ob dies Teil ihrer Ausbildung war.

Für eine zuverlässige Analyse einer Waffenkapazität ist ein kurzer Überblick aus mehreren Gründen zwingend. Ich lasse diese mal beiseite, gehe aber gerne später in der Diskussion darauf ein. Es gibt zwei Wege zur Herstellung einer Kernwaffe, einen uranbasierten und einen plutoniumbasierten. Nordkorea hat beide beschritten, mit unterschiedlichem Erfolg. Während das Regime derzeit mit einiger Sicherheit über 6-10 plutoniumbasierte Sprengsätze verfügt, ist das uranbasierte Programm wahrscheinlich noch nicht soweit, dass es hochangereichertes Uran (mit mehr als 90% Anreicherungsgrad) herstellen kann. Da es aber über die Planungsphase auch im Uranprogramm sehr wahrscheinlich hinaus ist, sind Meldungen ernst zunehmen, wonach Nordkorea Fluoringas und Uranhexafluorid (UF-6), zwei Vorprodukte zur Uranreicherung an Iran bzw. Libyen geliefert haben soll. Unklar ist, welche Güte die nordkoreanischen Sprengkopfdesigns aufweisen, hier gilt grundsätzlich, dass PU-Waffen deutlich schwerer herzustellen sind als Uran-Waffen.

Das plutoniumbasierte Nuklearwaffenprogramm

Das plutoniumbasierte Nuklear(waffen)programm begann Anfang der 1960er Jahren vor dem Hintergrund der nordkoreanischen Erfahrungen im Koreakrieg und der Haltung der Sowjetunion in der Kubakrise. Ein erster kleiner Versuchsreaktor entstand am

Nuklearstandort in Yongbyon (*Folie Faktoren*). Ein weiterer größerer Reaktor (5-MWe) kam Ende der 1970er Jahre als Reaktion auf Atomwaffenpläne des südkoreanischen Militärmachthabers Park Chung-hee hinzu. Zu Beginn hatte das nordkoreanische Programm also eine klare militärische Abschreckungsfunktion. Auf Drängen der Sowjetunion trat Nordkorea Mitte der 1980er Jahre dem NV-Vertrag bei, erste Inspektionen der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien kamen aber erst 1992 zustande. Sie zeigten, dass der Norden in den Jahren 1989 folgende mehrfach abgebrannte Brennstäbe aus dem Kern des 5-MW-Reaktors entnommen hatte. Diese entnommenen Brennstäbe wurden vermutlich aufbereitet, woraus nach Schätzung der CIA Waffenmaterial für ein bis zwei Sprengköpfe resultierte. Über die gesamten 1990er Jahre galt dies Material für 1-2 Sprengköpfe als das (begrenzte) nordkoreanische N-Waffenpotential, neben erheblichen Beständen biologischer und chemischer Kampfstoffe. Auch die Ausbringung dieser Waffen durch Raketen blieb beschränkt, da der Norden lange Zeit nur über Systeme kürzerer und mittlerer Reichweite (bis 1.500 km) verfügte.

Betrachtete man die militärische Situation auf der koreanischen Halbinsel in den 1990er (*Folie nordkoreanische Invasionswege*), so veränderte dieses Potential wenig an der seit dem Koreakrieg bestehenden stabilen Abschreckungssituation, weil die südkoreanische Metropole Seoul, mit ihren ca. 20 Mio. Einwohnern und 50% der Wirtschaftskraft bereits durch die massierte nordkoreanische konventionelle Schlagkraft an der demilitarisierten Zone einer Geiselhaft unterliegt. Diese Situation lässt jede ernsthafte militärische Auseinandersetzung rasch eskalieren und sie würde nach sehr hohen beiderseitigen Opferzahlen mit der sicheren Niederlage Nordkoreas beendet.

Vor dem Hintergrund dieses begrenzten strategischen Potentials und der durch die IAEA-Inspektionen gewonnenen Erkenntnisse über ein aktives Nuklearwaffenprogramm verhandelte die Clinton-Administration 1993-1994 mit Nordkorea über eine Beendigung des Plutoniumprogramms. Auf dem Höhepunkt der Nuklearkrise im Juni 1994 erwogen Clinton

und seine Berater zwar präemptive Militärschläge gegen das Programm, weil Nordkorea drohte, ca. 8.000 weitere abgebrannte Brennstäbe wiederaufzubereiten und dadurch in den Besitz von weiteren 6-8 Sprengköpfen zu gelangen (*Folie Nuklearstandorte Plutoniumprogramm*). Durch die Vermittlung des ehemaligen Präsidenten Carter gelang jedoch eine friedliche Zwischenlösung. Die 8.000 Brennstäbe wurden nicht aufbereitet und blieben zunächst in einem Kühlbecken des Reaktors. In dem sog. Genfer Rahmenabkommen vom Oktober 1994, erklärte der Norden, dass er alle Nuklearaktivitäten einfriert, was er auch tat, und im Gegenzug dafür erhielt er zunächst Energielieferungen. In einem zweiten Schritt sollte Nordkorea dann endgültig auf atomwaffenfähige Technologie verzichten und im Tausch dann proliferationsresistente Leichtwasserreaktoren sowie eine Normalisierung der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen erhalten. 2003 sollte der erste proliferationsresistente Reaktor in Kum-ho von einer eigens gegründeten Organisation, der KEDO, fertiggestellt werden und mit dem Abbau der Anlagen in Yongbyon begonnen werden. Das Nuklearwaffenprogramm erhielt für Nordkorea durch das Genfer Abkommen also auch eine wichtige wirtschaftliche Komponente.

Ich möchte nicht auf die Details des Scheiterns des KEDO-Prozesses eingehen. Um es kurz zu machen (*Folie Faktoren des Scheiterns*): Beide Seiten, sowohl Nordkorea als auch die USA (und ihre Verbündeten samt der EU), trauten einander nicht. Die USA vollzogen nur sehr schleppend die versprochenen Energielieferungen, Nordkorea provozierte militärisch, trieb den Preis für die Beendigung seines Raketenprogramms in die Höhe und entschloss sich 1997 schließlich neben dem eingefrorenen Plutoniumprogramm ein weiteres uranbasiertes Nuklearwaffenprogramm zu beginnen. Zwar versuchte Südkorea durch direkte Kontakte, die zunehmende Blockade der Nukleargespräche auszulösen. Sie erinnern sich an den innerkoreanischen Gipfel vor 5 Jahren. Aber zwischen Washington und Pjöngjang kam es zu keiner Einigung. Im Gegenteil, die bilateralen Gespräche gerieten in einen Abwärtsstrudel,

der zu einer dramatischen Verschlechterung der Proliferationssituation auf der koreanischen Halbinsel führte (*Folie Entwicklung amerikanisch-nordkoreanische Beziehungen*).

Nach der nordkoreanischen Austrittserklärung aus dem NV-Vertrag im Januar 2003 kam es zwar zunächst zu trilateralen Gesprächen zwischen Washington, Peking und Pjöngjang und dann ab Herbst 2003 auch zu dem derzeitigen Format der 6-Parteien-Gespräche. Doch auch dieses neue Forum brachte keine nennenswerten Fortschritte, denn sowohl die USA als auch die nordkoreanische Seite versuchten jeweils die anderen Gesprächsparteien auf ihre Seite zu ziehen. Für die Bush-Administration ging es bei den 6-Parteien-Gesprächen vor allem darum, die zögerlichen Anrainerstaaten, insbesondere China und Südkorea, davon zu überzeugen, die von Washington präferierte auf Sanktionen abzielende Strategie zu unterstützen. Hinzu kam, dass innerhalb der Bush-Administration eine Gruppe von Entscheidungsträgern existierte, die ein tiefes Misstrauen gegenüber einer Verhandlungslösung hatten und haben. Sie lehnen es ab, dass Washington irgendwelche Anreize für die Aufgabe von Nuklearwaffen gibt. Um diese Gruppe überhaupt einbinden zu können, bedarf es also der Anrainerstaaten, die ihrerseits materiellen Anreize im Rahmen einer umfassenden Verhandlungslösung anbieten können.

Für das Kim-Regime bieten die Gespräche die Möglichkeit, den bilateralen Druck der USA auf „mehrere Schultern“ zu verteilen, d.h. durch partielle Angebote und drastische Provokationen immer wieder Keile in eine sich formierende Sanktionsfront zu treiben. Für die anderen Beteiligten versprechen die Gespräche die Chance, eine bilaterale Eskalation unter Kontrolle zu halten und gleichzeitig durch Anreize aber auch Sanktionsandeutungen Druck auf die beiden Hauptkontrahenten auszuüben. So hat China einerseits gegenüber Nordkorea 2003 für wenige Tage die lebensnotwendige Lieferung von Energie unterbrochen, um ein deutliches Zeichen zu setzen, dass Pjöngjang für sein wirtschaftliches Überleben auf das Wohlwollen Pekings angewiesen ist. Andererseits hat die chinesische Führung mehrfach die US-Delegation aufgefordert, substantielle Verhandlungsangebote zu unterbreiten. Ebenso hat

Peking mehrfach öffentlich die Behauptung der Bush-Administration in Frage gestellt und konkrete Beweise dafür gefordert, dass Nordkorea über ein Uranwaffenprogramm verfüge.

Die Gespräche erfüllten also sehr wohl einen Zweck. Sie führten aber leider nicht zu einer Eindämmung des nordkoreanischen Nuklearpotentials. Ganz im Gegenteil: Während die Parteien sprachen, bauten die Nordkoreaner ihr Kernwaffenpotential aus dem Plutoniumprogramm bedeutend aus. Sie erinnern sich, Mitte der 1990er Jahre gingen US-Geheimdienste davon aus, dass der Norden über Material für ein bis zwei Waffen verfüge, ohne jedoch gesichert sagen zu können, ob dies Material auch in funktionsfähige Kernsprengköpfe integriert werden konnte. Nach der Ausweisung der IAEA-Inspektoren im Dezember 2002 fuhr Nordkorea seinen 5-MW-Reaktor wieder an und begann mit der Wiederaufbereitung des Plutoniums aus den 8.017 Brennstäben (*Folie 5MW-Reaktor*). Spätestens seit Januar 2004 wissen wir, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass diese Brennstäbe in waffenfähiges Material aufbereitet wurden. Nicht nur ließ sich per Satellit Aktivität an der Wiederaufbereitungsanlage erkennen, sondern amerikanische Messanlagen fingen im Sommer 2003 auch Krypton-85-Gas auf, ein Beiprodukt der Wiederaufbereitung. Zudem konnte eine Delegation von US-Experten im Januar 2004 das entleerte Kühlbecken besichtigen und dabei eine Schmierprobe von wiederaufbereitetem Material gewinnen.

Fügen wir diese Erkenntnisse in eine Projektion über die nordkoreanischen Kernwaffenkapazitäten, dann kommen wir zu folgendem Ergebnis (*Folie Projektion des nordkoreanischen Potentials 2003-2009*). Im Verlauf des Jahres 2003 hat der Norden sein eher symbolisches Potential von vermuteten 1-2 auf 6-8 Sprengsätze erhöhen können, so dass die Kapazität *heute* aus militärischer und proliferationspolitischer Sicht als signifikant eingeschätzt werden muss. Nordkorea könnte eine dieser Waffen also testen, wenn es sich bedroht fühlt, oder es kann sie einsetzen, wenn es angegriffen wird ohne damit sein gesamtes Potential zu verlieren. Wenn Nordkorea tatsächlich testen würde, dann wäre eine „nukleare Kettenreaktion in Nordostasien“ nicht auszuschließen, in der Südkorea, Japan und Taiwan

nach Nuklearwaffen streben. Die amerikanische Intervention im Irak und entsprechende Drohungen gegen das nordkoreanische Regime aus dem Pentagon haben aus Sicht Pjöngjangs nochmals zusätzliche Anreize gegeben, das bestehende kleine Waffenpotential aufzustocken.

Lassen Sie mich an dieser Stelle zwei Qualifikationen einstreuen, die manche von Ihnen als spitzfindig empfinden mögen, die mir aber sehr wichtig erscheinen, wenn wir die weitere Entwicklung prognostizieren wollen. Erstens halte ich es für unwahrscheinlich, dass Nordkorea bald Nuklearwaffen testet, es sei denn es fürchtet einen unmittelbar bevorstehenden US-Präemptivschlag. Außerhalb einer militärischen Krisensituation ist ein Test unwahrscheinlich, weil er erhebliche Risiken für das Regime birgt. Ein Test würde die Chancen auf eine Verhandlungslösung in sehr weite Ferne rücken, weil die Öffentlichkeiten in Japan und den USA, aber auch Südkorea sehr negativ reagieren würden. Im Augenblick ist es ja so, dass die Nordkoreaner behaupten, dass sie über diese Waffen verfügen, und die meisten seriösen Experten dies für wahrscheinlich halten. In den beteiligten Öffentlichkeiten herrscht nicht zuletzt aufgrund der Irak-Erfahrung aber eine politisch nutzbare Ungewissheit, die durch einen Test zerstört würde. Darüber hinaus kann Nordkorea keinen Test durchführen ohne die massive Verseuchung von Luft, Boden oder Wasser zu riskieren. Schließlich gibt es plausible Hinweise dafür, dass das nordkoreanische Regime seine guten Kontakte zu pakistanischen Stellen dazu genutzt hat, bei den pakistanischen Tests von Uranwaffen 1998 gleichsam im Huckepack auch einen Plutoniumsprengkopf zu testen. Nordkorea bräuchte also nicht zu testen und ein Test birgt erhebliche Risiken.

Zweitens halte ich es für unwahrscheinlich, dass Nordkorea bestehende Kernwaffen aus seinem Plutoniumprogramm exportiert. Warum? Aus dem gleichen Grund warum ich es für unwahrscheinlich halte, dass der Norden Massenvernichtungswaffen direkt und wissentlich an Terrorgruppen weitergibt. Zwar haben diese Waffen einen erheblichen Marktwert und Nordkorea verkauft MVW-Technologie, um Devisen zur Stützung seiner maroden Ökonomie zu erwirtschaften. Es verkauft übrigens auch Drogen und gefälschte Devisen in erheblichem

Umfang. Aber ein Transfer von Plutoniumwaffen birgt ganz erhebliche Risiken für das Regime und bei aller „Unberechenbarkeit“ hat die Führung aus ihrem Kalkül heraus immer sehr rational, manchmal vielleicht übertrieben selbstbewusst agiert. Zunächst einmal müssen sie bei einem Transfer absolut sicher sein, dass diese Waffen niemals gegen sie selbst eingesetzt werden, d.h. die Kontrolle über die Waffen muss gesichert sein, solange diese einsetzbar sind. Dann müssen sie sicher sein, dass diese Waffen gegen keinen Verbündeten oder zumindest kooperative Staaten eingesetzt werden. Schließlich müssen sie absolut sicher sein, dass die transferierte Waffe überhaupt nicht eingesetzt wird, denn würde sie eingesetzt, so würde das freiwerdende Spaltmaterial sofort auf den Produzenten zurückverfolgt werden können. Das nordkoreanische Regime würde also unmittelbar haftbar gemacht werden können für die Tat einer Terrorgruppe, die nicht sanktioniert werden kann, weil sie i. d. R. über kein Territorium verfügt. Transferieren Sie eine Kernwaffe an einen anderen Staat bspw. den Iran, dann ist Iran für den Einsatz zwar sanktionierbar, gleichzeitig ändert dies aber nichts an der eindeutig zurechenbaren Mittäterschaft Nordkoreas. Ein Transfer von Nuklearwaffen an staatliche oder nicht-staatliche Akteure birgt für Nordkorea also erhebliche Risiken.

[Die Gefahr einer Weitergabe an Terrorgruppen ist deshalb immer dann am größten, wenn nicht eine Regierung transferiert (die einer Bevölkerung verantwortlich sind), sondern einzelne Stellen in deren Nuklearindustrie, die die Ziele der Terrorgruppen teilen wie dies in Pakistan offensichtlich der Fall gewesen ist.]

Das uranbasierte Programm

Betrachten wir nun das uranbasierte Programm, so fällt zunächst auf, dass unser Kenntnisstand noch begrenzter ist, als über das Plutoniumprogramm. Was wir wissen ist, dass Nordkorea etwa seit 1997 Teil eines umfassenden und geheimen Proliferationsnetzwerkes unter Führung Abdul Khadir Kahns gewesen ist (*Folie-Proliferationsnetzwerk*). Khan ist der Vater der pakistanischen uranbasierten Kernwaffe, für deren Bau Khan Anfang der 1970er Jahre aus dem Urenco-Werk in Almelo wichtige technische Erkenntnisse entwendet hat. In diesem Netzwerk hat Nordkorea umfangreiche Hilfe für sein Uranprogramm von pakistanischen Stellen erhalten: wahrscheinlich Grundstoffe, Zentrifugendesigns und ganze Zentrifugensysteme, möglicherweise auch ein chinesisches Sprengkopfdesign für eine Uranwaffe, das in pakistanischem Besitz ist und auch von dort an Libyen weitergegeben wurde. Im Gegenzug bezahlte Pjöngjang mit Raketentechnologie. Dieser Tauschhandel begann wahrscheinlich im Sommer oder Herbst 1997. Früher gab es bereits andere waffentechnische Geschäftsbeziehungen zwischen beiden Staaten. Wir wissen auch, dass Nordkorea in erheblichem Umfang Raketentechnologie bzw. gesamte Trägersysteme an Libyen und den Iran geliefert hat. Unklar ist, inwiefern Libyen Uranhexafluorid, den Grundstoff für den Betrieb einer Uranzentrifugenkaskade, zur Herstellung von angereichertem Uran, von Nordkorea direkt oder indirekt über Pakistan bekommen hat. Es gibt hier einen begründeten Anfangsverdacht, der im Übrigen auch den politischen Hintergrund für die nordkoreanische Erklärung in der letzten Woche bildet. Noch unklarer ist die Beziehung zwischen Iran und Nordkorea: wir wissen, dass Nordkorea seit dem Krieg der Städte zwischen Irak und Iran in den 1980er Jahren mit Teheran umfangreiche Geschäftsbeziehungen bei Trägersystemen unterhält. Ungesichert ist bisher, ob der Handel sich auch auf Urantechnologie erstreckte. Es gibt einzelne Zeitungsberichte, die von der Anwesenheit nordkoreanischer Nukleartechniker an iranischen Standorten berichten; es gibt

Hinweise darauf, dass Nordkorea Fluoringas, ein Vorprodukt von Uranhexafluorid geliefert haben soll. Bisher ist die Stärke und Beschaffenheit dieser Achse des Proliferationsnetzwerkes aber noch weitgehend unbekannt.

Wenn wir uns die Genese des Programms und die auslösenden Faktoren anschauen (*Folie genese Uranprogramm*), dann wird deutlich, dass das Uranprogramm entstand während das Plutoniumprogramm mit einer sehr viel größeren und sicheren Kernwaffenkapazität eingefroren war. Der Aufbau des Uranprogramms machte also militärisch kaum Sinn, denn bis Ende 2002 hätte Nordkorea über eine Aktivierung des Plutoniumprogramms sehr viel schneller eine Abschreckungs- bzw. Angriffskapazität erhalten. Das niedrige Entwicklungsniveau bis Anfang 2000 und die Tatsache, dass die meisten Proliferationsstaaten auf Urantechnologie bauen, da diese leichter zu entwickeln und zu verstecken ist, legen den Schluss nahe, dass Nordkorea das Uranprogramm primär aus wirtschaftlichen und verhandlungsstrategischen Erwägungen heraus begann. Zum einen erhoffte sich Pjöngjang wohl, dass es das Uranprogramm ebenso wie das Plutoniumprogramm als Tauschobjekt in Verhandlungen mit der Staatengemeinschaft und den USA versilbern könnte. Zum anderen bot sich das Uranprogramm als Exportartikel an, weil das Plutoniumprogramm eingefroren war und nur von wenigen Akteuren nachgefragt wurde.

Der technische Stand des Programms lässt sich sehr schwer einschätzen (*Folie Stand Uranprogramm*), im Wesentlichen beruht die Analyse auf durchgesickerten Geheimdienstberichten und Berichterstattung über Beschaffungsaktivitäten. Danach rechnen US-Geheimdienste mit produktionsreifen Urananreicherungsanlagen ab 2005, wobei bisher nicht nachgewiesen werden konnte, dass Nordkorea erfolgreich angereichert hätte. Die nordkoreanischen Transfers von Fluoringas und UF-6 belegen dies auf jeden Fall nicht. Relativ gesichert ist, dass Nordkorea Gaszentrifugentechnologie nutzt, was die Satellitenerkennung über Energienutzung und Wärmeabstrahlung erschwert. Das ursprüngliche Design und einzelne Komponenten stammen sehr wahrscheinlich aus Pakistan

und damit mittelbar aus Almelo. Interessant ist auch, dass der Norden sich bisher kaum Mühe gegeben hat, seine Uranaktivitäten zu verbergen, denn wenn es um Uranproduktionsstätten geht, dann ist immer wieder von drei bereits bekannten Standorten die Rede (Pjöngjang, Hagap, Yongjo-ri) (*Uranstandort Folien im Wechsel*). Diese Standorte sind so bekannt, dass ein unabhängiges Forschungsinstitut, www.globalsecurity.org unter der Leitung von John Pike, kommerzielle Satellitenbilder des Standortes in Hagap gekauft hat, um unabhängig von der US-Regierung ihre eigene Einschätzung des Standortes abzugeben.

Lassen Sie mich kurz die Ergebnisse der Analyse des Uranprogramms zusammenfassen: Das Programm ist weniger weit fortgeschritten als das Plutoniumprogramm, eine uranbasierte Kernwaffe aus eigener nordkoreanischer Produktion ist frühestens 2007 zu erwarten; das Programm ist auch wesentlich kleiner als das Plutoniumprogramm, so dass es im Vergleich wesentlich weniger Kapazität pro Jahr generieren kann. Das Uranprogramm macht also aus nordkoreanischer Sicht wenig militärischen Sinn; Es kann aber sehr gut als Exportprodukt oder als Tauschobjekt in Verhandlungen mit der internationalen Gemeinschaft dienen.

4. Derzeitiger Stand und Ausblick

Lassen Sie mich abschließend die aktuelle Situation für Sie analysieren und dann einen kurzen Ausblick wagen. Zunächst zur Erklärung Nordkoreas am letzten Donnerstag über Nuklearwaffen zu verfügen und die Mitwirkung an den 6-Parteien-Gesprächen auf unbestimmte Zeit zu suspendieren. Nach Antritt der Bush-Administration zur zweiten Amtszeit und den moderaten Tönen des Präsidenten in der Rede zur Lage der Nation gingen viele Beobachter davon aus, dass Nordkorea, wie in den letzten Wochen bereits angedeutet, die 6-Parteien-Gespräche wieder aufnehmen werde. Dass Pjöngjang dies dann doch nicht tat und stattdessen rhetorisch die Krise wesentlich eskalierte, liegt wahrscheinlich daran, dass Washington seine Bemühungen verstärkte, die Anrainerstaaten in den Six-Party Talks auf seine Seite zu ziehen. Anfang Februar reiste eine US-Delegation nach Seoul, Tokio und

Peking, um die Regierungen dort über die Transfers von UF-6 nach Libyen detailliert zu informieren. In Peking wurde die Delegation von NSC-Mitarbeitern, die einen persönlichen Brief von US-Präsident Bush an seinen Amtskollegen Hu Jintao mitbrachte sogar vom Staatspräsidenten selbst empfangen. Für Peking sind diese Berichte äußerst kompromittierend, denn zum einen hat China bislang die Existenz des Uranprogramms öffentlich in Zweifel gezogen und zum anderen könnten die Berichte darauf hinweisen, dass Nordkorea Urantechnologie zu einem Zeitpunkt weitergab, als Peking sich bereits aktiv um eine friedliche Beilegung der Krise durch die 6-Parteien-Gespräche bemühte. Es ist auch nicht vollkommen undenkbar, dass Peking bereits seine weitergehende Unterstützung des Kim-Regimes davon abhängig gemacht hat, dass der Norden den Export sensitiver Nukleartechnologie in andere Weltregionen einstellt. Die US-Mission könnte das Gegenteil bewiesen oder zumindest plausibel gemacht haben. Die Reaktion aus Pjöngjang die Krise anzuhetzen, passt sehr gut in die bisherigen Verhaltensmuster des Regimes. Fühlt sich die Spitze Nordkoreas diplomatisch in die Enge getrieben, dann eskaliert sie einfach und erhöht den Preis für eine friedliche und diplomatische Lösung. Ob die Annahme, die dahinter steckt, dass die USA ihrerseits nicht bereit sind, die Eskalation weiter voranzutreiben, jedoch auch in diesem Fall zutreffend ist, darf bezweifelt werden.

Es spricht einiges dafür, dass Pjöngjang in diesem Fall seine Position überreizt hat und nach einer Schonfrist an den Verhandlungstisch zurückkehren wird. Erstens zeigt die gedämpfte westliche Reaktion, dass man sich von der Rhetorik Pjöngjangs nicht aus der Ruhe bringen lässt. Zweitens, zeigt die ärgerliche Reaktion in China, dass die bisherige Schutzmacht ihre Geduld strapaziert sieht und möglicherweise bereit sein könnte, Nordkorea seine Abhängigkeit vom Wohlwollen des großen Bruders spüren zu lassen. Auch in Japan ist die Geduld für eine Verhandlungslösung beinahe aufgebraucht. Seit 2002 hatte sich Premierminister Koizumi mehrfach persönlich darum bemüht, durch eine Normalisierung der japanisch-nordkoreanischen Beziehungen die multilateralen Verhandlungen zur Beilegung der

Krise wieder in Gang zu bringen. Aber die japanische Seite fühlt sich derzeit von Nordkorea betrogen und vorgeführt, nachdem deutlich wurde, dass das Regime in Pjöngjang bei der Rückführung der sterblichen Überreste von nach Nordkorea entführten Japanern falsche Angaben gemacht hat. Die öffentliche Meinung in Japan ist deshalb derzeit auf Konfrontationskurs und japanische Wirtschaftssanktionen gegen Nordkorea sind deutlich wahrscheinlicher geworden. Diese können Nordkorea einige Schwierigkeiten bereiten, weil ein Teil der koreanischen Minderheit in Japan das Regime durch Transferzahlungen gestützt hat.

Am gewichtigsten erscheint mir jedoch aus nordkoreanischer Sicht die Gefahr, dass weitere Ermittlungen über das Khan-Netzwerk zeigen könnten, dass Nordkorea Urantechnologie in größerem Umfang an andere Staaten insbesondere den Iran weitergegeben haben könnte. Wenn dies der Fall wäre, dann könnte die bisherige Ablehnung von Wirtschaftssanktionen im UN-Sicherheitsrat durch China und Russland fallen. Dies wäre für das Regime im Norden eine äußerst bedrohliche Situation, denn letztlich wird China als Garant für den Regimeerhalt vor die Frage gestellt, ob es seine Beziehungen zu Washington opfert, um ein Regime zu stützen, das es mehr und mehr ablehnt. Vor dem Hintergrund der Bedeutung der bilateralen amerikanisch-chinesischen Handelsbeziehungen für die Entwicklung der eigenen Volkswirtschaft und der sich rasch zuspitzenden Nuklearkrise im Iran, die ebenfalls die Frage der Kooperation mit Washington im UN-Sicherheitsrat aufwirft, kann das Kim-Regime nicht sicher sein, wie sich die chinesische Führung entscheiden wird. Im Gegenteil, mir scheint klar, dass China, wenn es vor die Wahl gestellt würde, eine US-Quarantänepolitik unterstützen wird, die das Kim-Regime wirtschaftlich und politisch so langsam erdrosselt, bis die Führung in Pjöngjang ihre Haltung verändert.

Nun, soweit sind wir noch nicht !! Vor dem Hintergrund dieses Entwicklungsszenarios, dessen Plausibilität sich auch die nordkoreanische Führung bewusst sein dürfte, stehen die Chancen für die Wiederaufnahme diplomatischer Verhandlungen, wenngleich in einer neuen Form, gar

nicht so schlecht. Ob diese dann zu einem besseren Ergebnis führen als die 6-Parteien-Gespräche darf bezweifelt werden, allerdings könnte der Norden mit einer zeitweiligen Suspendierung seiner Plutoniumaktivitäten, ebenso wie der Iran dies für die Gesprächsdauer mit den drei EU-Staaten getan hat, das Gesprächsklima wesentlich verbessern. Der beunruhigende Aufwuchs der nordkoreanischen Kernwaffenkapazität wäre damit wenigstens für den weiteren Verlauf der diplomatischen Verhandlungen gestoppt und ernsthafte Verhandlungen über eine Beendigung der nordkoreanischen Nuklearwaffenprogramme könnten beginnen.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit und nehme gerne ihre Fragen an.